

Die Anfänge des Nationalsozialismus und die evangelische Kirche in Soest

Von Frieder Schütz, Soest

Ein weites Feld umgreift dieses Thema. Denn zur evangelischen Kirche in Soest gehören 1933 und 1934 sechs Gemeinden mit sieben Pfarrern und ca. 12000 Mitgliedern.

Deshalb kann man heute nur Streiflichter setzen, skizzieren. Die – gemessen am Thema – relativ wenigen erhaltenen Aufzeichnungen sind noch nicht alle einer Einsicht zugänglich. Viel Material liegt noch verschlossen in Schränken und auf Dachböden. Es muß gesichtet und bibliographisch erfaßt werden. Der Nachlaß des damaligen Superintendenten Clarenbach, Borgeln, ist dafür ein Beispiel. Manche Presbyteriumsprotokolle sind verlorengegangen. Hier wird gründliches Nachforschen vielleicht noch manches zu Tage fördern.

Und doch sind wichtige Dokumente erhalten geblieben: Protokolle von Presbyteriumssitzungen und Kreissynoden, die Akten des damaligen Bischofs Adler – vormals Pfarrer in Weslarn – und vor allem der umfangreiche Nachlaß des Pfarrers an St. Maria zur Wiese, Dr. Paul Girkon, mit wichtigen Dokumenten, Aufsätzen und Briefen. Beides ist vom landeskirchlichen Archiv Bielefeld katalogisiert. Genannt werden muß auch der Nachlaß von Senator a. D. Dr. Schwartz und die Dokumentation zum 400jährigen Reformationsjubiläum Soest im Soester Stadtarchiv.

Auf solche Unterlagen stützen wir unseren Versuch, ein wenig von dem zu erfassen, was sich in Soest mit den Jahren 1933, 1934 (und z. T. 1935) verbindet. Es ist ein erster und deshalb begrenzter Versuch, unternommen in dem Bemühen zu verstehen, was damals in der Kirche geschehen ist, die unsere Kirche ist.

A. Die Faszination des Aufbruchs

Nach einem bewegten Frühsommer mit heftigem innerkirchlichem Wahlkampf in allen Landeskirchen Deutschlands findet am 16. 8. 1933 in Soest die Synode aller Gemeinden des Kirchenkreises statt. Bevor man zur Tagesordnung schreitet, wird von dem Synodalen von Renesse, Pfarrer der reformierten Gemeinde St.-Thomä, der Antrag gestellt, die Kreissynode möge wie folgt beschließen: „Die Kreissynode bekennt sich mit dankbarer Freude zu der gottgeschenkten Bewegung, welche unser deutsches Volk unter der kraftvollen Führung unseres Reichskanzlers Adolf Hitler ergriffen und es vor dem drohenden Bruderkrieg und Bolschewismus bewahrt hat. Sie ist freudig bereit, mit den Kräften des unverkürzten Evangeliums durch Wort und Tat an der Erneuerung unseres Volkslebens und der Herstellung einer gefestigten und geheiligten Volksgemeinschaft, die frei ist von Parteihader, Klassenkampf und Standesdünkel, mitzuarbeiten, und ruft unterschiedslos

alle Kirchenmitglieder auf, der heiligen Verantwortung ihres Berufes, den unser Meister Jesus Christus uns anweist: ‚Ihr seid das Salz der Erde‘ sich bewußt zu bleiben und hiernach treu zu handeln zum Besten unseres Volkes und Vaterlandes.“

Die je zur Hälfte aus Pfarrern und ‚Laien‘ bestehende Synode beschließt diesen Antrag einstimmig. So darf man sie wohl als Ausdruck einer Grundhaltung des Kirchenkreises werten. D. h. 1. die nationalsozialistische Bewegung unter Hitler wird im August 1933 in Soest eindeutig positiv als „gottgeschenkte Bewegung“ gefeiert, weil sie 2. vor dem Bolschewismus (und Bruderkrieg) bewahrt. Deshalb 3. die Aufforderung der Synode, Christen sollten eingagierte an der Erneuerung des Staates als ‚Salz der Erde‘ mitarbeiten.

Die Einstimmigkeit des Beschlusses – bei anderen Beschlüssen wird vermerkt „mit (großer) Mehrheit angenommen“ – ist bemerkenswert. Denn die Erinnerung an den heftigen Wahlkampf muß noch lebendig sein. Immerhin war es zu massiven staatlichen Eingriffen gekommen: Am 3. April läßt Kube, Fraktionsvorsitzender der NS im preußischen Landtag, die Entschlossenheit des Staates erkennen, zugunsten der DC einzugreifen; im Mai/Juni ergreift Hitler gegen Bodelschwingh und für Müller als zukünftigen Reichsbischof Partei; am 24. Juni wird Jaeger zum Staatskommissar für Kirchenfragen ernannt, der noch am gleichen Tag sämtliche Synoden und Gemeindevertretungen auflöst und durch Staatskommissare ersetzt. Es scheint, als sei die Synode Soest nach der Verabschiedung der neuen Kirchenverfassung vom 11. Juli und der drei Tage später im Kabinett beschlossenen Zurückziehung der Staatskommissare überzeugt, die Unabhängigkeit der Kirche sei nun doch gewahrt – und alles Vorausgehende endgültig Vergangenheit. Während Präses Koch bei der Eröffnung der Provinzialsynode am 22. August in Soest in einem sehr kritischen Rückblick auf jene Vorgänge zur Wachsamkeit mahnt, ist die Stimmung auf der Kreissynode eine Woche zuvor sehr viel zuversichtlicher. Die auf direkten staatlichen Eingriff erfolgte Absage der ursprünglich für den 26. Juni angesetzten und dann noch am 24. Juni verschobenen Kreissynode scheint angesichts der Einigung vom 11. und 14. Juli nicht mehr entscheidend nachzuwirken. Es scheint hier der Eindruck zu herrschen, im großen und ganzen sei das Verhältnis von Staat und Kirche geordnet, nachdem Superintendent Raabe in seinem für den 26. Juni bestimmenden Bericht noch von „Gefährdung ihrer (der Kirche) Selbständigkeit und Unabhängigkeit“ gesprochen hat. Freilich – dieser Bericht ist den Synodalen am 16. August ausgehändigt worden. Eine Aufforderung zur Wachsamkeit?

Die im Grundsatz aufatmend bis begeistert zustimmende Beurteilung der nationalsozialistischen Bewegung in ihren Anfängen kommt

auch in einem anderen Beschluß der Synode zum Ausdruck. So verabschiedet sie auf Antrag der Pfarrkonferenz einen Aufruf an die Gemeinden, der mit den Worten beginnt: „Die Kreissynode grüßt die Gemeinden durch folgendes Wort zur kirchlichen Lage: ‚Mit tiefem Dank gegen Gott freuen wir uns der großen geschichtlichen Wende in unserem Volk.‘“ Bemerkenswert ist, daß dieser Antrag von Pfarrer Koopmann (Enkese) eingebracht wurde, der ein halbes Jahr später als Mitglied des Pfarrernotbundes zu den kritischen Pfarrern gezählt wird. Und die beiden Pastoren Möller und Seidenstücker schreiben im St.-Petri-Gemeindeblatt im Mai 1933 im „Ton hoher Freude und starker Zuversicht: . . . Deutschland hat im Frühjahr 1933 seine nationale Wiedergeburt erlebt; Gott hat uns den ersehnten Führer geschenkt“.

Wie kann es im Sommer 1933 – trotz heftiger und massiver nationalsozialistischer Propaganda bei den Kirchenwahlen im Juni – zu solch einem Urteil kommen?

Antwort: Der Nationalsozialismus bewahrt vor Bolschewismus und Gottlosenbewegung, vor einer Bewegung, die man in der Kirche besonders fürchtet. So bringt im April 1932 das St.-Petri-Gemeindeblatt einen leidenschaftlichen Aufruf der beiden Pfarrer Möller und Seidenstücker: „Wach auf, liebe Petrigemeinde, der Feind steht vor den Toren, heimlich bei Nacht schleicht er sich ein, verkleidet in den Engel des Lichts naht der Verführer, besinn dich, was du am Erbe der Reformation hast.“ Der Feind ist der Tannenbergbund mit seinem starken Einfluß auf die Jungen, wie es heißt, mit seiner Parole „Das Evangelium von Christus, dem Welterlöser, sei zu undeutsch, sei ein fremd Gewächs aus dem Orient, man müsse einen deutschen Gott suchen“. Und in der Januarausgabe 1933 lesen wir von der Sorge über den Einfluß der Gottlosenbewegung auf die Medien. „Die Großen und die Kleinen lesen begierig, ohne zu ahnen, daß das, was sie lesen, Gift ist, woran auf die Dauer die Seele sterben muß.“ Und der Studienprofessor Dr. Niemöller klagt: „Wenn doch nur das Gros der ‚Gebildeten‘ mittun wollte! Viele verkennen den Ernst der Zeiten, sie spüren nichts von den Stürmen, die um die Mauern der evangelischen Kirche brausen.“

Das Gottlosenproblem ist auf der Kreissynode vom 10. 10. 1932 in Soest Thema Nr. 1. Unter § 1 heißt es im Bericht des Superintendenten: „Der Angriff der Gottlosenverbände geht weiter.“ „Die Weltbewegung des Bolschewismus macht sich zum Träger des wütendsten Hasses gegen jede Religion.“ Ähnlich wird über den Tannenbergbund geurteilt: Es gilt sich „zu wehren gegen jene neue Religion, die vom Standpunkt eines modernen Rassedankens aus für das deutsche Volk nur eine ‚gereinigte‘ Religion gelten lassen will, nicht eine auf ‚semitischem Boden gewachsene‘“.

Mit dem Sieg des Nationalsozialismus verbindet sich für weite Kreise der Kirche die Hoffnung, daß sich auf diesem Gebiet nun einschneidende Änderungen ergeben würden, eine Hoffnung, die Hitler überaus geschickt zu nähren wußte.

In beispielloser Weise nämlich hatte Hitler schon in der ersten Jahreshälfte 1933 mit Bekenntnissen zum Christentum und der immer neuen Bitte um Gottesdienste um das Vertrauen der Kirche geworben. So berichtet der Stuttgarter NS-Kurier von „Hitlers Bekenntnis zum christlichen Staat“ im Wahlkampf ab 10. Februar. Gemeint sind Äußerungen Hitlers wie jene, heute stünden an der Spitze Deutschlands „Christen und keine Atheisten“. „Ich rede nicht nur vom Christentum, ich bekenne auch, daß ich mich niemals mit den Parteien verbünden werde, die das Christentum zerstören.“ Und am 16. März schreibt der ‚Völkische Beobachter‘ „Adolf Hitlers Regierungsgrundlage: Das Christentum“. Auch die feierlichen Gottesdienste in der Nikolaikirche zu Potsdam vor Eröffnung des Reichstages haben damals weithin den Eindruck entstehen lassen – jedenfalls bei den nicht eingeweihten Kreisen – daß der Nationalsozialismus den Ansatz biete zu einer *umfassenden religiösen Erneuerung*, auf die man große Hoffnungen setzt.

So entspricht es nur einer allgemeinen Stimmung, wenn es auf der Kreissynode im August 1933 in dem o. a. Antrag der Pfarrkonferenz heißt: „Weil der neue Staat sich zur christlichen Kirche bekennt, bedeutet die Wende der Zeit für uns eine gottgeschenkte Gelegenheit, gerade jetzt unserem leidenden, der Kirche weithin entfremdeten Volke das Evangelium von Jesus Christus mit neuer Kraft und auf neuen Wegen zu bringen.“ Dazu einige Stimmen: Die Provinzialsynode (Dezember 1933 in Dortmund) wird im Gemeindeblatt St. Petri/Januar 1934 zustimmend zitiert. Hier ist die Rede von der „Befreiung der Kirche vom Druck und der Feindschaft des Bolschewismus und marxistischen Freidenkertums durch den uns geschenkten Führer Adolf Hitler“ und von dem „Willen des nationalsozialistischen Staates, christlicher Staat zu sein“. Im Oktober 1933 zitieren die Herausgeber des Blattes, Seidenstücker und Möller, zustimmend aus dem Geleitwort Innenminister Dr. Fricks zum Lutherjahr das Wort vom „ureigensten Erlebnis epochaler Umwälzungen . . . die gerade auch auf religiösem Gebiet sein Innerstes in einer seit Jahrhunderten nicht mehr gekannten Stärke mitschwingen ließ“.

Diese – wie man 1933 weithin glaubt – erklärte Haltung der neuen Staatsführung hebt sich in den Augen auch Soester Christen wohlthuend ab von der Trennung zwischen Kirche und Staat, die in den Augen der Kirche nach 1918 – genauer nach 1921 – zu der Meinung führte, Religion sei Privatsache, und dem „Bestreben, die evangelischen Einflüsse möglichst zurückzudrängen“, der Kirche im Staat keinen Platz mehr

einräumen, was wachsende Gleichgültigkeit gegen die Kirche zur Folge gehabt habe, so Möller (Gemeindeblatt St. Petri) im Januar 1934.

Fazit: Bis zum Spätherbst 1933 dürften in Soest sich nur wenige Stimmen erhoben haben, die Zweifel an dem Willen des Nationalsozialismus geäußert hätten, einen Staat auf christlicher Grundlage zu schaffen.

Die scheinbar grundsätzlich positive Einstellung des Staates zur Kirche schlägt sich 1933 u. a. in dem gemeinsamen Bemühen des Magistrats von Soest und Teilen der Kirche – es sind besonders zu nennen Pfarrer Koch/St. Thomä und Senator Schwartz, spätere Anhänger der Bekennenden Kirche – nieder, Soest zur Bischofsstadt zu machen. Im Zuge der von der Generalsynode in Berlin am 5. 9. 1933 unter dem bestimmenden Einfluß der Deutschen Christen beschlossenen Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse wird die Umwandlung der Provinzialsynoden in Bistümer eingeleitet. Ziel ist die Übertragung des staatlichen Führerprinzips auf die Kirche. Pfarrer Adler aus Weslarn bei Soest soll Bischof von Westfalen werden.

In drei Schreiben innerhalb von vier Wochen, gerichtet an den Landesbischof der Ev. Kirche der Altpreußischen Union, an den Präsidenten des EOK, Rechtsanwalt Dr. Werner, versucht die Stadt Soest – unterstützt von parallelen Schreiben des Senators – ab September 1933, sich im Zuge der allgemeinen Umorientierung als idealen Bischofssitz anzubieten und damit Münster als bisherigen Sitz des Konsistoriums (= Kirchenleitung) den Rang abzulaufen. Auch Hamm geht ins Rennen, gibt aber schnell auf. Dieser bemerkenswerte Versuch von Stadt und Kirche ist im Briefwechsel erhalten.

Die Briefe an den Generalsuperintendenten Zänker, Breslau und an Präses Koch, Bad Oeynhausen, zeigen, daß ihr Verfasser, Dr. H. Schwartz, sich engagiert für das „Bistum Soest“ eingesetzt hat. Vorbehalte gegen eine solche Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse, die letztlich dem Bestreben des Staates nach Einflußnahme auf die Kirche entspringen, scheinen in diesem Augenblick der Diskussion bei dem späteren engagierten Mitglied der BK zurückzutreten – sie erscheinen in dem o. a. Briefwechsel nicht – hinter dem Wunsch, die Heimatstadt Soest zum Bischofssitz zu erheben. Insofern werfen diese Briefe ein interessantes Licht auf die Soester kirchlichen Verhältnisse im Herbst '33 und den Eindruck, den man dort – die Kreissynode vom August zeigt es schon – vom Verhältnis Staat–Kirche offenbar hat: Aufs Ganze gesehen ohne größere Probleme!

Das offenbar von großer Selbstverständlichkeit gekennzeichnete Verhältnis zwischen Stadt und Kirche in Soest paßt in eine Landschaft, zu der es in den Jahren 1933 und auch noch 1934 gehört, daß „man“ wieder in die Kirche geht. So auch in Soest. Die Kirchenaustritte der

vergangenen Jahre sind überwunden, die Massenausritte ab 1935 noch nicht in Sicht. „Infolge der politischen Umwälzungen (haben) sich die Anmeldungen zur Wiederaufnahme in die Kirche gemehrt“, heißt es im Bericht des Sup. Raabe, den dieser für die Kreissynode am 26. 6. 1933 bestimmt hatte. Raabe betont, man möge bei nur „äußeren, zeitbedingten (!) Beweggründen“ Aufnahmegesuche zurückweisen. Der Drang in die Kirche zurück ist 1933 in Soest also so groß, daß man glaubt, bei dem Eintrittswilligen etwas strengere Maßstäbe anlegen zu müssen und nicht einfach jeden aufnehmen zu sollen.

So sehen es auch die Petri-Pfarrer Möller und Seidenstücker, die im Gemeindeblatt (Oktober 1933) zustimmend aus dem schon erwähnten Geleitwort von Reichsinnenminister Dr. Frick zitieren: „Ungezählte suchen den Weg zurück zur Kirche.“

Wen wundert es da noch, daß im „Soester Anzeiger“ wie im „Kreisblatt“ ausführlich und bar jeder N. S.-Diktion von *dem* kirchlichen Fest der Soester berichtet wird, dem alljährlichen „Cantate-Fest“. „Wie in den Vorjahren nahm das Kantatefest wiederum einen geschlossenen Verlauf; die ganze Stadt (!) war innerlich auf den Tag der kirchlichen Sangeskunst abgestimmt. Die Gottesdienste nahmen bei starkem Besuch einen feierlichen Verlauf“ (Soester Anzeiger, 30. 4. 1934). „In langen Zügen kamen am Samstag nachmittag die Kleinsten aus den verschiedenen protestantischen Gemeinden auf den Petri-Kirchplatz marschiert, Blumenkränze und bunte Bänder um den Kopf gewunden, den Trinkbecher über die Schulter gehängt und in der Hand das große Butterbrot“ (Soester Kreisblatt 30. 4. 34). Mit anspruchsvollen Vorträgen und eindrucksvollen Gottesdiensten über zwei Tage – ein Markstein im kirchlichen Leben der Stadt. Wir heutigen Pastoren können Pfarrer Koch – den damaligen Initiator des Cantatefestes – nur beneiden um solch ein Fest und solch einen Zulauf, den wir heute auch nicht annähernd verzeichnen können.

Gibt es eigentlich ein anschaulicheres Beispiel für den Geist in einer Stadt im Jahre 1934 – einschließlich der Presse –, als solch ein Fest!

Und es lohnt sich, die im Stadtarchiv erhaltene Dokumentation zum 400jährigen Reformationsjubiläum des Jahres 1933 zu lesen, bei dem in einzigartiger Weise Kirche, Regierung und vor allem die Stadt mit der vorbildlichen Reformationsausstellung im Stadtarchiv zusammengearbeitet haben. Wir können mit unserem diesjährigen Jubiläum nur neidisch darauf blicken!

Und wie denkt man über die NSDAP und über eine Zusammenarbeit zwischen Christen und Parteigenossen? Nach allem Gehörten rechnen wir sicherlich – wenigstens für die hier angesprochene Zeit – mit einem positiven Verhältnis und einer positiven Meinung von der kirchlichen Einstellung der Partei. Die schriftlichen Zeugnisse bestätigen dies auch.

So schreibt Dr. Girkon, Pfarrer an St. Maria zur Wiese, an Adler, Münster, einen Brief, in dem er einige ihm besonders wichtige Mitglieder seines Presbyteriums vorstellt: „Kirchmeister Rektor Gräfer, Mitglied der NSDAP und Fachschaftsführer für das Volksschulwesen im Soester Rat. Gräfer hat mit vorbildlicher Ruhe und Umsicht nicht nur die Finanzen, sondern auch die Stimmung der Gemeinde durch manche unruhige Zeit hindurchgesteuert. 2. Geschäftsführer Ernst, Filialleiter der Firma Wensel, Soest, Ortsgruppenführer der Soester SA, schon seit einiger Zeit ein mir recht wertvolles Mitglied meiner größeren Gemeindevertretung, 3. Landwirt Wilhelm Schenkel, Ellingsen, Mitglied des Stahlhelms und mit ihm zur NSDAP übergetreten, seit langem Mitglied des Presbyteriums und der Repräsentation“. Soester machen 1933 also durchaus die Erfahrung, daß Parteizugehörigkeit und kirchliches Engagement sich miteinander vereinbaren lassen. Offenbar hängt dies mit der Einschätzung der NSDAP als einer kirchenfreundlichen Partei zusammen. Dazu paßt jedenfalls ein Briefwechsel zwischen Münster und Berlin, bei dem es im Juni 1933 um eine Beschwerde beim Staatssekretär des I. M., Pfundtner, geht. Man war dort aus Westfalen vorstellig geworden, weil in einigen Ortsgruppen Parteimitgliedern mit Ausschluß aus der NSDAP gedroht wurde, wenn sie bei den Kirchenwahlen des Sommers nicht die „Deutschen Christen“ wählten. Dies sei – so hieß es in der Beschwerde – eine doch zu harte Maßnahme (Akte Adler 0,6/1 Münster 18. 7. 1933). Aus diesem Vorgang wird deutlich, daß es in der Partei 1933 überzeugte Christen gibt, die durchaus der späteren Bekennenden Kirche nahe stehen und dennoch an ihrer Parteimitgliedschaft hängen.

Fazit: 1933 sieht man in der NSDAP verbreitet durchaus eine Partei, in der Christen sich zu Hause fühlen können.

Ein Staat und eine Partei, die sich um Christentum und Kirche bemühen – da ist es nicht verwunderlich, wenn die Kreissynode Soest im August 1933 einstimmig beschließt, als Kirche „an der Erneuerung unseres Volkslebens und der Darstellung seiner gefestigten und geheiligten Volksgemeinschaft mitzuarbeiten“.

Oder hören wir den begeisterten Ton im Gemeindeblatt St. Petri (Juni 1933): „Es ist Zeitenwende. Adolf Hitler ringt mit dem deutschen Volke zusammen um den neuen Menschen... Dieser neue deutsche Mensch, das ist die klare Erkenntnis des Kanzlers, ist nur aufgrund bewußt christlicher (und wir setzen hinzu: bewußt evangelischer) Welt-, Lebens- und Gottesanschauung zu entwickeln.“ „So ist eigentlich eine Hauptaufgabe in der großen deutschen Erhebung der evangelischen Kirche zugefallen (vgl. auch den „Soester Anzeiger“, 15. 5. 1933).

Die Frage, die dann die Gemüter immer stärker bewegen und erhitzen sollte, war nur: Wie sollte diese Mitarbeit aussehen?

Bezeichnend ist, daß von der Kreissynode – im August 1933 ein Antrag von Wiese-Georg – wie es heißt „mit großer Mehrheit“ angenommen wird. Er lautet: „Synode wolle die Gemeinden bitten, darauf hinzuwirken, daß an staatlichen Feiertagen Gottesdienste gehalten und in das Tagesprogramm aufgenommen werden, *sofern Kirchengeläut und Fahنشmuck des Kirchengebäudes für den Feiertag gefordert wird.*“ Bereitschaft zur Mitarbeit heißt demnach: nicht als vom Staat gefragtes Dekorationsstück mitarbeiten, sondern mit dem Proprium, dem Eigenen und Besonderen, das Kirche zur Kirche macht. Ein Jahr später schreibt Girkon („Kirchliche Gestaltung der Feiern der nationalen Arbeit, der Sommersonnenwende und des Erntejahres“): „Die großen Volksfeiern, die der nationale Aufschwung uns geschenkt hat, rufen die Kirche zur Mitfeier. Es ist selbstverständlich, daß die Kirche ihren Dienst nicht weigert, sondern freudig darbringt – aber ebenso selbstverständlich, daß sie ihn im Auftrag ihres Herrn vollzieht.“ „Das bedeutet: Der Gottesdienst aus Anlaß solcher Volksfeste soll und muß wirklich uns gänzlich Gottesdienst sein und nicht eine christlich und kirchlich dekorierte Feier.“

Hier geht es also nicht um christlich-ideologischen Überbau nationalsozialistischer Praxis, sondern wirklich darum, daß in den Gang der neuen Zeit mit ihren Feiern das christliche Element korrigierend mit eigenem Gewicht eingebracht werde.

So haben wir auch Girkons Entwurf einer Liturgie für „überkonfessionelle Großfeiern“ an den Externsteinen zu verstehen, die nach seinem Vorschlag zum „Sinnzeichen der Versöhnung, der wechselseitigen Durchdringung und Vollendung christlicher und deutscher Frömmigkeit werden“ sollten (erschieden 1933 in dem Aufsatz „Die Externsteine im Teutoburger Wald als Reichskultstätte und Reichsehnenmal“).

Kirche soll Gewissen des Staates sein (so Girkon einmal 1935) und insofern „Salz der Erde“ – aber eben als Kirche, die sich ihres ureigensten Lebensprinzips (wieder) bewußt ist. Konsequenterweise spricht die o. a. Kreissynode auch von der Mitarbeit der Kirche „mit den Kräften des unverkürzten Evangeliums“. Und im schon zitierten Antrag der Pfarrkonferenz heißt es entsprechend: „Wie der Staat seine Kräfte aus dem Volke zieht, so empfängt die Kirche ihr Leben aus dem Evangelium. Was darum nottut, ist eine Erweckung unserer Gemeinden und eine Erneuerung unserer Kirche aus dem Geiste Jesu Christi.“ Dies geschieht in erster Linie durch Teilnahme am Gottesdienst, zu der betont aufgerufen wird: „Wer nicht regelmäßig zur Kirche geht, schafft nicht mit“ (St.-Petri-Gemeindeblatt Juli 1933). Und noch in der Okto-

bernummer lesen wir: „Von jetzt an muß am Sonntagmorgen aus jedem Haus in Stadt und Land wenigstens *ein* Gemeindeglied in der alten Kirche sein.“

Das Fazit dieses ersten Teiles: Aufbau des Staates und ein im Gottesdienst verwurzelt christentum – in dieser Anfangszeit gelten sie für die Kirche in Soest als zwei Teile eines Ganzen. Aus dem Gottesdienst die innere Kraft schöpfen für dieses Werk – das war die Losung. Sie zeugt von staatsbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein, das sich mit ernsthafter Frömmigkeit verbindet.

B Erste Zweifel

Schon im September 1933 scheint es in Soest zu ersten Diskussionen und kritischen Anfragen an die neue Bewegung zu kommen. Im St.-Petri-Gemeindeblatt zitieren Seidenstücker und Möller Fricks Worte (sc. aus dem genannten Grußwort zum Lutherjahr) „Manches von dem Neuen mag noch unausgeglichen sein“. Und Girkon spricht in seiner Meditation über die apokalyptischen Reiter in der von ihm entworfenen Stahlkirche zu Essen (1933) von „handgreiflichen Sinnwidrigkeiten (sc. der Bewegung)“, davon, daß „heilig-unantastbare ethische Positionen von ihr aufgegeben werden“. Oder an anderer Stelle des Aufsatzes: „Wir erleben es staunend, wie die Regierung des Volkskanzlers vor gewalttätigem Durchgreifen nicht zurückschreckt...“ und nun die interessante Fortsetzung... „... und dennoch in einer Weise Gewalt tut, der eine innere Vollmacht elementar gegeben ist... Und nun stehen wir vor der entscheidenden Frage: Trägt dieses elementare Geschehen das Malzeichen Christi oder das Malzeichen des Antichristen?“

Hier mischen sich Erstaunen und Erschrecken, Faszination und Ratlosigkeit. Man steht vor einem unerhört neuen Vorgang, den man noch nicht einzuordnen vermag, dem man sich aber letztlich mit Hoffnung und Vertrauen zuwendet. Dies haben ja unsere Beobachtungen im ersten Teil gezeigt.

Das Jahr 1934 bringt dann doch an wichtigen Stellen den Bruch, nicht den endgültigen und umfassenden Bruch, aber doch Zäsuren in mancher Hinsicht. Die Protokolle der Kreissynode Soest gehen bis 1933, sie beginnen erst wieder im Jahr 1947. Ab 1934 gibt es keine Kreissynode mehr. Im St.-Petri-Gemeindeblatt (Januar 1934) erscheint nur noch Pfarrer Möller als Herausgeber, im Juni d. J. auch er nicht mehr. Diese letzte Nummer gibt das Presbyterium allein heraus, d. h. nur sechs von insgesamt neun Presbytern unterschreiben: „Wir können nicht mehr schweigen. Es ist Gefahr im Verzug.“ Ein Alarmruf! Was war geschehen?

1. Auseinandersetzungen zwischen Deutschen Christen und Pfarrernotbund (Bekennende Kirche)

Im Jahre 1933 wird – wie schon berichtet – das evangelische Bistum Münster eingerichtet. Provinzialsynode und Kreissynode dürfen ab 1934 nicht mehr tagen. Nicht die Synode, sondern der Bischof ist nun oberste Instanz. In der westfälischen Landeskirche beginnt es zu gären und an einigen Stellen auch überzukochen. Reihenweise weigern sich Presbyterien, diese Neuordnung mitzumachen, nachdem man lange genug im 18. und 19. Jahrhundert mit den preußischen Königen um die synodale Ordnung gekämpft hatte. Unbotmäßige Presbyterien werden durch Bischof Adler aufgelöst, sofern sie sich nicht doch fügen – oder gehen in die innerkirchliche Opposition: Es beginnt die Bewegung der Bekennenden Kirche, einer Kirche in der Kirche, zu der in St. Petri Seidenstücker und drei Presbyter zählen. Auch Koch (St. Thomä) und Meßner (St. Pauli) gehören dazu.

Die Leidenschaft und Stoßkraft dieser innerkirchlichen Bewegung speist sich aus einem Ereignis, das den aufmerksamen Beobachtern – wie noch heute aus eigenem Erleben bestätigt wird – zum ersten Mal die Augen öffnet. Im Juni 1933 hatten die Kirchenwahlen zu einem Sieg der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ geführt, die eine einheitliche deutsche Reichskirche in enger Partnerschaft zum Staat auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Die Berliner D. C. werden am 13. 11. 1933 zu einer Großkundgebung im Berliner Sportpalast aufgebeten. 20000 Menschen erleben und feiern den Redner, Gauobmann Dr. Krause, Laienmitglied in hohen kirchlichen Ämtern, der die Ziele der Kirche neu absteckt. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Kundgebung für die gesamte weitere Entwicklung in der Kirche hier nun ein paar Zitate: Krause fordert „die Befreiung von allem Undeutschen im Gottesdienst und im Bekenntnismäßigen, Befreiung vom Alten Testament mit seiner jüdischen Lohnmoral, von diesen Viehhändler- und Zuhältergeschichten“ . . . „Wenn wir Nationalsozialisten uns schämen, eine Krawatte vom Juden zu kaufen, dann müßten wir uns erst recht schämen, irgend etwas, das zu unserer innersten Seele spricht, das innerste Religiöse vom Juden, zu übernehmen.“ Ebenso sollte man „auf die ganze Sündenbock- und Minderwertigkeitsideologie des Rabbiners Paulus“ verzichten.

Die Provinzialsynode kommt im Dezember zu einer Sondersitzung zusammen. Dieser Eklat der Berliner D. C. hat in den Augen vieler die ganze deutsch-christliche Bewegung desavouiert. Konnte sich eine solche Kirche noch Kirche nennen? Die innerkirchliche Opposition bekommt starken Zulauf, eine Bewegung, die i. U. zu den „Deutschen Christen“ (= D. C.) die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat und die

strenge Bindung an das Bekenntnis betont. Es kommt zu heftigen Diskussionen. Gräben in den Gemeinden und zwischen den Pfarrern tun sich auf.

Und so schlägt sich diese Entwicklung in kirchlichen Verlautbarungen in Soest nieder: St.-Petri-Gemeindeblatt im Juni 1934 (nur noch von den sechs D. C.-Presbytern herausgegeben): „Wir fürchten, daß Spaltungen in sie (sc. die Petrigemeinde) hineingetragen werden, die zerstören, statt aufzubauen.“ Aus der außerordentlichen Provinzialsynode, Dezember 1933, zitiert Pfarrer Möller im Januar 1934 (St.-Petri-Gemeindeblatt) beschwörend: „Sie (sc. die Synode) wendet sich durch alle kirchenpolitischen Gegensätze hindurch an Herzen und Gewissen aller, die für unser kirchliches Leben verantwortlich sind mit der Mahnung, daß sie in allem Kampf sich freimachen von allem, was diesen (sc. innerkirchlichen) Kampf vergiftet und die Kirche zerstört und daß über alle Schlagworte und über alle Verunglimpfungen hinweg die Stimme der Wahrheit wieder Gehör und Gehorsam findet.“ Der Hintergrund: Seidenstücker und drei Presbyter haben sich gegen die D. C. und für die spätere B. K. entschieden und vom übrigen Presbyterium distanziert.

Und Girkon beschwört seine Gemeinde im „Hirtenbrief an die Wiese-Georgs-Gemeinde Ende des Kirchenjahres 1933/34“: „Wahrt den Frieden in unserer Gemeinde in herzlicher Bruderliebe und Einmütigkeit des Geistes. Gebt keiner der kämpfenden Parteien eure Unterschrift.“

Hinter solchen Sätzen verbirgt sich eine turbulente Wirklichkeit. Von zwei Seiten ist die Einheit der Kirche bedroht: von den radikalen Deutschen Christen und deren nun ebenso entschlossenen kirchlichen Gegnern. Die Leidenschaft der Auseinandersetzung scheint dabei ebensooft von der Treue zur Sache des Evangeliums – wie man es je und je versteht – wie von Emotionen hin und her geprägt zu sein.

In St. Petri kommen die leidenschaftlichen Aufrufe zur Einheit zu spät. Die Gegensätze im Presbyterium verschärfen sich.

In einer handschriftlichen Ergänzung zum Gemeindeblatt St. Petri aus dem Jahr 1936 oder 1937 heißt es, die drei Bekenntnispresbyter und Pfarrer Seidenstücker würden „einfach zur Seite geschoben“ . . . in den Sitzungen des Presbyteriums und der Gemeindevertretung herrsche ein „schlimmer Ton“. 1934 verweigern Seidenstücker und „seine“ Presbyter dem Reichsbischof die Gefolgschaft. Sie werden vom Amt suspendiert – und im September wieder eingesetzt. Am 23. 11. kommt es im Presbyterium zu heftigen Auseinandersetzungen mit Pfarrer Möller, der Soest im folgenden Jahr verläßt. An St. Petri hat die innerkirchliche Opposition gesiegt.

Schlimme Zustände herrschen auch an St. Thomä, wo der Einfluß des D. C. Predigerseminardirektors Winter dem zurückhaltenden Pfarrer Koch zu schaffen macht. Der Kampf um Kirche, Kanzel und Altar wird zwischen den verfeindeten Gemeindeteilen und auch den Pastoren stellenweise buchstäblich handgreiflich ausgetragen, wie ein Augenzeugenbericht (mündlich) besagt.

Interessant aber auch St. Pauli, wo ein ganz anderer Weg möglich wird. Auch hier kommt es Ende 1933 zu Differenzen – zwischen Pfarrer Meßner und den Presbytern. Jener distanziert sich wie sein Amtsbruder Seidenstücker von den Deutschen Christen. Aber das Presbyterium zieht nicht mit. Man will offenbar abwarten und sich vorerst nicht festlegen im Streit der Meinungen. Diese Haltung zeigt sich auch in dem kleinen Streit um eine Kollekte, die Meßner am 7. Oktober eigenmächtig in die offenbar kirchenpolitisch falschen Hände hat gelangen lassen, wofür er vom Presbyterium einstimmig in der nächsten Sitzung getadelt wird mit den Worten: „Presbyterium stellt fest, daß bei der am 7. Oktober abgekündigten Kollekte nicht nach § 52 der Verwaltungsordnung verfahren worden ist und erwartet und wünscht, daß zur Aufrechterhaltung des Friedens in der Kirche künftighin die Bestimmungen der Verwaltungs- und der Kirchenordnung eingehalten werden.“

Oberstes Prinzip in St. Pauli – jedenfalls beim Presbyterium – heißt: Frieden bewahren! Wie in Wiese-Georg!

Aber im Dezember 1934 hat Meßner dann sein Ziel erreicht: Das Presbyterium erkennt „die Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche und ihre Organe gemäß der Botschaft der (sc. außerordentlichen) Synode vom 20. 10. 1934 (sc. gemeint ist die Bekenntnissynode in Berlin-Dahlem) als rechtmäßige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche an“. Bis auf eine Gegenstimme ist die Einheit des Presbyteriums gewahrt – nur diesmal auf der anderen Seite des Kampfes um die Kirche. Daß dabei die alten westfälischen Vorbehalte gegen die bischöfliche Struktur maßgeblich diese Entscheidung vorbereitet haben, ist dem Wortlaut mit Sicherheit zu entnehmen. Keinen Niederschlag findet dabei – wie in keinem Protokollbuch – der Eklat vom November 1933 in Berlin. Dies muß aber nichts heißen, weil stets eine Vielzahl von Gründen zu einer Entscheidung führt, auch wenn diese nicht immer protokollmäßig festgehalten werden.

Der Stimmungswandel von den D. C. zur B. K. ist vielleicht nur Ausdruck eines allgemeinen Wandels des kirchlichen Empfindens in Soest. Er mag sich darin ausdrücken, daß – wie es heißt – bei Pfarrer Möller die Petrikirche leer ist, während die Gemeinde strömt, wenn Pfarrer Seidenstücker predigt (so die handschriftliche Ergänzung des Gemeindeblattes, die aber von Augenzeugen bestritten wird!).

Für das Umschlagen der Stimmung in Soest gibt es außer den genannten sicher noch andere Gründe. In Soest gehen nämlich im Frühjahr 1934 die Wogen hoch. Die interessantesten Zeugnisse jener Zeit aus dem kirchlichen Raum verbinden sich mit dem kämpferischen Pfarrer Dr. Paul Girkon.

2. Auseinandersetzungen mit dem Antisemitismus

Im Frühjahr 1934 wird Frau Rosenbaum aus ihrem Geschäft herausgeholt und in einer abstoßend würdelosen Weise von jugendlichen SA-Leuten durch die Brüderstraße geführt. Das gleiche Schicksal trifft Amtsgerichtsrat Holzwarth. Diese Ereignisse schockieren die ganze Stadt. Girkon entschließt sich zu einer geharnischten Stellungnahme, die er mehrfach korrigiert. Hier nun der handgeschriebene Entwurf:

„Als deutsche Männer, die durch ihr kirchliches Amt für die öffentliche Moral unserer Stadt mitverantwortlich sind, erheben wir Einspruch gegen die Strafe des zwangsweisen Herumführens, die seit kurzem hier ausgeübt worden ist. Wir wollen in keiner Weise die Bestraften wegen ihres Vergehens in Schutz nehmen, aber wir fordern, daß jedes Vergehen auf dem geordneten Rechtswege bestraft wird und nicht durch eine ‚Justiz‘, die in den dazu beauftragten jungen Leuten brutale Instinkte weckt und an ihren wehrlosen Opfern zur Tat werden läßt. Des freien deutschen Volkes und seiner christlichen Kultur ist es unwürdig, die mittelalterliche Anprangerung in neuer Form wieder aufleben zu lassen . . . Wir . . . müssen sehr ernst darauf hinweisen, daß mit dergleichen Geschehnissen der großen Sache des 3. Reiches und der Nationalsozialistischen Bewegung ein sehr schlechter Dienst erwiesen wird.“ Der Text geht an Seidenstücker, dieser schickt ihn postwendend an die übrigen Pfarrer mit der Bitte um schnellste Bearbeitung. v. Renesse – Reformierte Gemeinde – wird gebeten, auch den Propst für diese Gemeinschaftsinitiative zu gewinnen. Wozu sie führt, hören wir gleich.

Zunächst zu einem anderen Ereignis, das in ganz Deutschland ein Echo findet. In der Märznummer des „Stürmer“ 1934 erscheint ein übler antisemitischer Hetzartikel. Er ist wieder Anlaß für einen Vorstoß Girkons. Er schreibt an den Ortsgruppenleiter Ernst, zugleich Mitglied seines Presbyteriums.

Diesen Brief gibt Ernst weiter an den „Stürmer“, der ihn im Mai in voller Länge abdruckt – mit entsprechendem Kommentar (s. Anhang).

Die Folge ist eine Flut von Zuschriften. Die meisten – vorwiegend aus dem Berliner Raum (bestellte Karten?) – mit Beschimpfungen z. T. primitivster Art. Aber auch einige dankbare Antworten treffen ein. Ein Brief endet: „Ein Sie verehrender Deutscher, der es nicht wagt, im Lande des Naziterrors seinen Namen unter den Brief zu setzen“ (12. 6.

34). Ein anderer Brief endet: „Wir haben noch immer die Hoffnung, daß diese antisemitische Hetze und Verfolgung, die Hitlers Bewegung verunreinigt, wieder ablassen werde“ (16. 6.).

Im Rückblick erkennen wir aus diesen beiden Vorgängen, daß die Wellen des furchtbaren Antisemitismus schon 1934 Soest erreichen. Aber wir spüren auch, daß 1934 in Soest noch keine Einigkeit und Sicherheit in der Beurteilung dieser Vorgänge und ihrer grundsätzlichen Bedeutung herrschen. Ob es auch 1934 schon in Soest Einwohner gibt, die – wie jener anonyme Briefschreiber – pauschal und grundsätzlich vom „Naziterror“ sprechen und darin die gesamte nationalsozialistische Bewegung meinen? Oder neigt man eher der Ansicht zu, man habe es mit einigen Heißspornen zu tun, Wildwuchs in einzelnen Fällen, der dem Wesen des Nationalsozialismus fremd ist?

Sehen wir uns in diesem Zusammenhang einmal an, was aus der von Girkon und Seidenstücker angeregten Gemeinschaftsinitiative geworden ist.

Als erster reagiert Koch/St. Thomä: „Mir scheint die Eingabe etwas zu scharf, besonders in der Mitte, wo von den brutalen Instinkten der jungen Leute die Rede ist (natürlich *sachlich* richtig) . . . Aber vielleicht ist die ganze Eingabe durch die heute (sc. 16. 3. 34) im Anzeiger stehende Verfügung überflüssig, nach welcher überhaupt keine Partiestellen mehr Freiheitsberaubung irgendwelcher Art verfügen dürfen, sondern nur Polizeistellen, und auch diese nur nach richterlicher Entscheidung. Das stimmt zu dem, was mir gestern . . . (es folgt ein Name) unter vier Augen . . . sagte: solche Ungesetzlichkeiten würden, nachdem sie anfänglich vorgekommen, ganz gewiß aufhören. Meinen Sie nicht auch?“ v. Renesse stimmt Koch zu und ergänzt: „Nachdem hier die SA-Leute gesagt haben, das Umherführen sei zum letzten Male geschehen, und durch höhere Verordnung die mittelalterliche Prozedur untersagt ist, scheint es mir nicht ratsam zu sein, hinterher noch eine Eingabe betr. Einstellung eines solchen Vorgehens zu machen.“

Äußerungen anderer Pfarrer liegen nicht vor. Es scheint, daß Girkon nach diesen Reaktionen seinen Plan aufgegeben hat. Denn das Original des nur von Girkon, Seidenstücker und Meßner unterschriebenen Briefes ist noch in Girkons Nachlaß vorhanden; es wurde also nie abgeschickt.

Das vorsichtige Taktieren der Pfarrer scheint darauf hinzudeuten, daß die Einstellung zum Staat und seiner Führung innerhalb der Kirche in Soest 1934 im großen und ganzen noch positiv ist. Die erwähnten Vorgänge scheint man tatsächlich unter die Ungereimtheiten einer revolutionären Bewegung in ihrem Anfangsstadium zu verrechnen. Man spürt noch viel Vertrauen, daß sich die Bewegung selbst reinigen werde.

Ein letztes Beispiel dafür: Der Arierparagraph. Seit dem Sommer 1933 existiert das Gesetz, demzufolge kein Nichtarier Beamter werden darf. Es hat sogar rückwirkende Kraft. Erstaunlich ist die Reaktion darauf: Es gibt in Deutschland nicht viele kritische Stimmen. So spiegelt Girkons Brief vom 25. 9. 1933 an die Deutsche Nationalsynode, den er im Namen von 20 Pfarrern der Synode schreibt, wohl eine verbreitete Meinung auch in Soest wider, wenn es da heißt: Die Einführung des Arierparagraphen im deutschen Beamtentum mit rückwirkender Kraft ist als ein Akt volkhafter Notwehr verständlich, die durch die gefährvolle Überfremdung deutschen Blutes veranlaßt worden ist.“ Und doch sei keinem wohl dabei, Girkon spricht von „bedrücktem Gewissen“. Das Anliegen des Briefes zielt darauf, die Anwendung des Arierparagraphen auf die Kirche und ihre Mitarbeiter zu verhindern.

Bemühen um Verständnis und Loyalität dem Staat gegenüber, aber doch auch bedrückte Gewissen; jenes im Grundsatz, dieses in Einzelfällen.

3. *Zwischen Kirchenkampf und kritischer Staatsloyalität: der Dritte Weg*

Noch einmal: Anscheinend ist noch 1934 das Vertrauen in die Regierung nicht im Grundsatz erschüttert. Dazu paßt folgende Beobachtung: Was später „Kirchenkampf“ heißt, kennzeichnet anfangs *innerkirchliche Auseinandersetzungen*: An keiner Stelle spiegeln die zur Zeit zugänglichen Zeugnisse in Soest eine kritische Beschäftigung mit dem Staat als solchem bei diesen Auseinandersetzungen wider. Im Gegenteil! Ausdrücklich heißt es in einer Flugschrift aus Dortmund, die in Soest gelesen wird „Die Versammlung der bekennnistreuen Gemeinden“ kämpften nur gegen die D. C., nicht gegen den Nationalsozialismus. „Wir kämpfen gegen Politisierung und Verweltlichung unserer evangelischen Kirche und nicht gegen den Nationalsozialismus, wie man immer wieder glauben machen will.“ „In den Reihen des Pfarrernotbundes und der Bewegung ‚Evangelium und Kirche‘ stehen ebenso alte und erprobte Kämpfer des Nationalsozialismus wie bei den Deutschen Christen“ (H. Eichhoff, Sommer 1934, Nachlaß Girkon). Auch der Rundbrief des Pfarrernotbundes der Synode Soest (Dahlkötter) vom 29. 10. 1934 gehört hierher. Zwar spricht er im Blick auf Vorgänge in Bayern und Württemberg von „brutalster Gewalt“. „Man kann ohne Übertreibung sagen: eine Christenverfolgung ist ausgebrochen, anti-christliche Mächte sind auf dem Plan.“ Aber gemeint ist das „Vorgehen der Reichskirchenregierung“ (Nachlaß Girkon), nicht des Staates. Hier spüren wir eine Vorahnung bedrückender Entwicklungen. Aber noch immer steht die innerkirchliche Diskussion im Vordergrund. Auf das

Verhältnis zum Staat ist noch nicht ausdrücklich abgehoben. Aber vielleicht sagt man schon nicht mehr alles, was man denkt!

Neben diese Beobachtung stellen wir die zweite. Der Kirchenkampf verläuft in Soest – abgesehen von zeitweilig heftigen Turbulenzen in St. Thomä und St. Petri – *relativ* ruhig. Relativ, d. h. gemessen an anderen Gemeinden. Im Jahre 1934 werden in Westfalen (s. Akte Adler) 11 Presbyterien aufgelöst. Darunter werden auch Lippstadt und Geske genannt, deren Namen aber später wieder gestrichen sind. Soest erscheint bezeichnenderweise auf dieser Liste nicht. Eine umfangreiche Akte entsteht im Konsistorium Münster über Bielefeld, wo die Wogen besonders hochgehen, auch über Dortmund, Hamm und Bochum. Von Soest wird nichts berichtet. Soest fehlt auch in der Rubrik „Vorgänge aus den Kirchengemeinden 1933–34“, in der Zuschriften und Beschwerden kirchlicher oder staatlicher Stellen an die Kirchenleitung aufbewahrt sind. Ob es aus Soest nichts Wesentliches zu berichten und – von den besagten Vorgängen in St. Petri und St. Pauli abgesehen – zu beklagen gab?

Dies hängt offensichtlich damit zusammen, daß Soest kein Pflaster ist für kirchenpolitische Extreme. Die radikalen D. C. in der Pfarrerschaft, Winter (Predigerseminar), Drewer (erst St. Thomä, später für kurze Zeit St. Petri) und Möller (St. Petri), können sich in Soest nur bis 1935 halten. Aber auch die Bekenntnisfront – wie sie genannt wird – kann in Soest nicht recht Fuß fassen. Dies zeigen schon die Vorgänge in St. Pauli. Es sind ferner mehrere Briefe von Pfarrer Dahlkötter, Lippstadt, erhalten, in denen – offenbar ohne Erfolg – unter Soester Pfarrern für den Pfarrernotbund geworben wird, so daß er am 19. 10. 1934 feststellt, daß die Sache Jesu Christi „durch die Neutralität angesehener Pfarrer schwer belastet wird“ (Rundbrief an alle Pfarrer des Kirchenkreises). Noch heute erinnert sich ein Augenzeuge: „Die Börde und Lippstadt standen entschieden zur BK. Die Soester Pfarrer hielten sich – bis auf Meßner und Seidenstücker – zurück.“

Wenn man es in Soest in den Anfängen nur teilweise – und dies sehr gemäßigt – mit der Opposition hält (Statistik Ende 1934: 10% im Kirchenkreis i. U. zu 20% in ganz Westfalen – Niemöller, W., Die bekennende Kirche in Westf., 1952, S. 147), aber auch nicht so recht mit den Deutschen Christen gehen will – wofür ist man dann?

Bei Girkon sind wir in der Lage, diese Frage im Blick auf die Wiesenkirche zu beantworten. Er war ja in erster Linie in dem erwähnten Rundbrief Dahlkötters angesprochen.

„Ich stehe zwischen den Fronten, muß mich nach beiden Seiten gegen das wenden, was mir als verfehlt erscheint“, schreibt er am 1. 3. 1934 an Adler. Im Sommer 1933 entwirft er einen Brief an Hitler, in dem er sich kritisch mit den Radikalen unter den Deutschen Christen be-

faßt: Wenn die radikale Linie unter Hossenfelder (sc. er war Reichsleiter der D. C.) sich durchsetzen würde, bedeute das, daß Tausende von Pfarrern der Kirchenleitung den Gehorsam verweigern würden. Und der folgende Satz zeigt das grenzenlose Vertrauen dieses hellwachen Mannes in die Haltung Hitlers: „Deshalb bitten wir Sie als den geistigen Führer unseres geliebten deutschen Volkes, den Landesbischof Müller, der von sich aus keineswegs der radikalen Richtung zugehört, aus diesem ihm wesensfremden Einfluß zu befreien und die derzeitige Leitung der Glaubensbewegung deutsche Christen aufzulösen.“ Ob dieser Brief je abgeschickt wurde, ist unsicher.

In dieser Kritik an den Radikalen unter den D. C. weiß er sich einig auch mit Dellenbusch, Regierungsvizepräsident in Arnberg und Mitglied der Kreissynode, der nach der Sportpalastkundgebung schreibt (24. 11. 1933, Nachlaß Girkon): „Aus meiner Ansprache bei der Lutherfeier (s. Soester Anzeiger, 26. 11. 1933) haben Sie bereits mein scharfes Urteil über die Vorgänge in Berlin gehört . . . Wir haben auch zum Ausdruck gebracht, daß alle die wahre Aufgabe der Deutschen Christen zersetzenden Kräfte ohne jede Rücksicht ausgeschieden werden müssen.“ Aber auch der „Kampfesfront“ (!) des Pfarrernotbundes – später BK – fühlt Girkon sich nicht verbunden. „Ich stimme Ihnen zu“, schreibt er am 4. 12. 1934 an Jungclausen, Pfarrer in Münster, „daß niemand aus den beiden Kampfesfronten imstande ist, das Werk des Neubaus zu leisten. Keineswegs ein D. C. – aber ebensowenig einer vom Pfarrernotbund.“ Warum keiner vom Pfarrernotbund? „Mut zum Kampf ist etwas anderes als Kraft zum Aufbau.“ „Ich fürchte, daß eine Leitung der Kirche durch die ‚Bekennnisfront‘ in gleichem Geiste geschehen würde wie vor der Wende“, sie bringe eine „orthodoxe Verengung der Glaubensgrundlagen, die zu einer neuen Schöpfung aus dem Geist durchaus unfähig ist. Karl Barth ist für die Theologie ein reinigendes Gewitter, aber keine Kraft neuer Schöpfung.“

M. a. W.: An der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ stimmt für Girkon die Bereitschaft zum politischen Engagement der Kirche, aber der Verlust der theologischen Mitte im Übereifer des Engagements mißfällt. Bei der „Bekennenden Kirche“ stimmt das klare theologische Bekenntnis, aber es führt zur dogmatischen Verengung und fördert die Neigung, dem politischen Engagement den Rücken zu kehren. So scheint Girkon die Dinge zu sehen. Vielleicht spricht er damit etwas von dem aus, was die Soester Kirche zu ihrer überwiegend abwartend-zurückhaltenden Einstellung veranlaßte.

Was aber kann man in solch einer Situation tun? So sehr Girkon sich als Mann der Mitte versteht, so sieht er doch keineswegs das Heil im Abwarten und Zusehen. Ihm schwebt ein „3. Weg“ vor. Und in dem schon zitierten Brief an Jungclausen wird er gleich konkret: Es müßte

ein Mann gefunden werden, dem beide Kräfte vertrauen und der auch das Vertrauen des Staates habe. Der Name Prof. Stählin, Münster, fällt, der den Soestern durch einen vielbeachteten Vortrag am Cantatefest 1934 kein Unbekannter ist. Er solle eine Kirche führen, die vom Staat unabhängig und in der Mitte ihres Bekenntnisses verankert sei (sc. dies ist das Anliegen der BK); aber sie solle als Gewissen des Nationalsozialismus politisch engagiert sein und sich dem Staat als – wenn auch kritischer – Gesprächspartner nicht verweigern (sc. entsprechend dem Anliegen der D. C.).

Diese Position Girkons, in Soest offenbar schon länger bekannt, ist in seiner eigenen Gemeinde nicht unumstritten, wie ein von H. Kerstin am 22. 7. 1934 abgefaßter Brief zeigt. Aber Girkon verfolgt beharrlichen seinen Weg. Ja, er scheint zum Angelpunkt einer neuen Initiative zu werden, zu der auch Dellenbusch, Jungclausen und Ebbinghaus (Pfarrer in Nierenhof) zählen.

Dem Briefwechsel spüren wir ab, daß diese Männer unter dem Eindruck dramatisch sich zuspitzender Ereignisse sich zum Handeln gedrängt sehen: Ebbinghaus am 20. 3. 1935 an Girkon: „Lieber Bruder Girkon! Läßt es sich noch länger verantworten, daß wir Dritten nicht zusammenkommen? Muß das Unglück (gemeint ist das Unglück der inneren Zerrissenheit der Kirche) ungehindert seinen Weg nehmen? Wer nimmt es in die Hand? Es müßte bald sein, etwa kommenden Montag in Dortmund, Bürgerhaus. Ich schreibe gleichzeitig an Jungclausen. Aber: Es wird Zeit.“ Eine Woche später folgt ein ähnlicher Brief: „Meine Postkarte wurde geschrieben aus dem Schrecken über den Weg der Brüder aus der Bekenntnisfront . . . Sie gehen wie Schlafwandler blind.“

Ganz so scheint Girkon es nicht zu sehen, denn er scheint ein Treffen mit Ebbinghaus nicht für sinnvoll gehalten zu haben.

„Von Ihnen geht nichts aus, das ich unterstützen könnte“, endet der oben angegebene Brief. Am 13. 8. 1935 ergreift Girkon dann die Initiative. Er schreibt an die Soester Pastoren mit der Bitte, sich zu dem beigefügten Entwurf eines dritten Weges zu äußern. Darin heißt es: „Der Kirchenkampf muß beendet werden . . . Es ist unmöglich, den Kampf durch Vernichtung einer der beiden Parteien zu beenden. Deshalb muß Frieden geschlossen werden.“ „Wir brauchen eine starke, in sich geschlossene evangelische Reichskirche, die von der Führung des Staates gehört wird und als christliches Gewissen der nationalsozialistischen Bewegung zu reden und zu handeln vermag.“ Und man spürt die Vorahnung einer gefährlichen Entwicklung in Deutschland: Man müsse sehen, „daß die nationalsozialistische Bewegung, von der Kirche enttäuscht, sich immer stärker gegen die Kirche und das Christentum wendet, so daß in absehbarer Zukunft ein unheilbarer Bruch zwischen Christentum und Nationalsozialismus droht“.

Drei Wochen später schreibt er wieder an Dellenbusch in dieser Angelegenheit: Von 17000 Pfarrern in Deutschland gehören – so Girkon – 6000 zum Pfarrernotbund, „mindestens 7–8000 sind neutral“. Diese Neutralität sei durch „den Widerwillen gegen den Kampf und seine bösen Folgen veranlaßt. Vielleicht lohnt es sich, den Versuch zu machen, diese ‚Neutralen‘ zu einem ‚Pfarrerbund für Frieden und Aufbau‘ zusammenzuschließen ... ohne Verpflichtung persönlicher Stellungnahme im Kampf der Parteien, lediglich durch schriftliche Zustimmung zu einem Programm der Versöhnung“. Girkon rechnet damit, daß „eine große Anzahl der Notbundpfarrer eine Versöhnung ohne Preisgabe wesentlicher Belange des Evangeliums sehr begrüßen würde und die fanatische Erstarrung der Bekenntnisfront allmählich nicht mehr als christlich empfindet“.

Über ein Echo aus den Reihen der Soester Pastoren liegt nichts vor. Ob sie diesem Weg keine rechte Chance geben? Wie vielen Girkon aus dem Herzen spricht, ist schwer zu sagen. Zum breiten Spektrum der Kirche in Soest gehören sie alle: die Zurückhaltenden: Koch, v. Renesse, Neumann; die auf seiten des Notbundes relativ Aktiven: Seidenstücker und Meßner; der engagierte Aktiv-Neutrale: Dr. Girkon. Sie alle haben auf ihre Weise dazu beigetragen, die Wogen des Kirchenkampfes in Soest schnell zu dämpfen und zu glätten und dem kirchlichen Soest in den Anfängen doch noch in gemäßigt kritischer Neutralität relativen Frieden zu verschaffen.

Wie beurteilen wir aus heutiger Sicht die Zeit der Anfänge in Soest?

4. Folgerungen

Gehen wir noch einmal zurück in das Jahr 1934. Es bringt für die kirchliche Arbeit immerhin starke Einschränkungen. Anfang des Jahres soll alle kirchliche Jugendarbeit der HJ eingegliedert werden. Der Kindergottesdienst leidet darunter, daß er auf die Zeit zwischen Früh- und Hauptgottesdienst verlegt werden muß. Denn nach dem Gottesdienst ist HJ- bzw. BDM-Dienst! Im selben Jahr wird der Samstag zum „Staatsjugendtag“ erklärt. Er wird unterrichtsfrei. Die Unterrichtsstunden müssen auf die übrigen Tage verteilt werden. Davon ist der kirchliche Unterricht betroffen, der bis dahin vormittags stattfindet. In einem Kompromiß einigen sich Pfarrer und Schulleiter im Oktober 1934 darauf, Doppelstunden einzuführen – für die Konfirmanden Freitag vormittags, für die Katechumenen Freitag nachmittags. Die mit dem Nachmittagsunterricht verbundenen Schwierigkeiten sind damals schon die gleichen wie heute noch: Die Pfarrer werden bei ihren Dienstgeschäften nachmittags beeinträchtigt, Unregelmäßigkeiten stellen sich beim Unterrichtsbesuch ein, und es kommt zu Kollisio-

nen mit Schulveranstaltungen am Nachmittag – so klagt Superintendent Clarenbach schon 1934 (Archiv St. Petri).

Es ist wie bei dem „zwangsweisen Herumführen“ auf der Brüderstraße und der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus des „Stürmer“: Man ahnt in diesem Stadium in Soest offenbar noch nicht, daß sich hier der Totalitarismus eines unchristlichen und antichristlichen (und eines militant antisemitischen) Staats anbahnt. Wie bei den genannten Vorfällen und der Diskussion darüber vermißt man auch bei den Diskussionen über die einschneidenden Änderungen der kirchlichen Arbeit jene Stimmen, die sich *grundsätzlich* kritisch mit dem eingeschlagenen Weg des Staates befassen. Dies kann aber auch ganz einfach den Grund darin haben, daß man damals mehr denkt als zu sagen wagt! Deshalb ist das Schweigen noch nicht unbedingt ein Indiz.

Dennoch sieht es so aus – nach allem, was wir den Quellen und Briefen entnehmen –, als sei die Schar derer, die die vom Staat eingeschlagene Marschroute in ihrem Prinzip erkennen, bis 1934 und zum Teil bis 1935 in Soest recht klein. Wenn dies richtig ist –, und es ist letztlich nicht gesichert, wenn auch vieles dafür spricht – stellt sich die Frage, warum dies so ist.

Wenn wir eine Antwort versuchen, müssen wir zunächst bedenken, daß offenbar nur wenige Eingeweihte – vor allem in Berlin – wußten, daß das Werben Hitlers um die Kirche in der ersten Hälfte des Jahres 1933 ein einziger Bluff war, der aber viele aufrechte Christen von der Redlichkeit der NS-Bewegung überzeugte – insbesondere von der Integrität Hitlers. Die Angst vor Bolschewismus und Gottlosenbewegung, das Abseits, in das sich die Kirche seit 1918 geschoben sah, ließ das scheinbar ehrliche Bemühen der NS-Führung um Christentum und Kirche als Beginn einer ganz neuen Zeit erscheinen, in der nicht nur Deutschland, sondern ein christliches Deutschland erwacht. Störungen in diesem Bild wurden einzelnen Gruppen angelastet, von denen die Bewegung als solche unangetastet blieb. So ist auch der Kirchenkampf, ein heute gebräuchlicher Ausdruck für jene Zeit, in Soester Sicht kein Begriff, der eine Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat kennzeichnet, sondern den Kampf zweier innerkirchlicher Gruppen untereinander meint (s. Girkon, 3. 8. 35). Und diesem Kampf suchte sich offensichtlich ein großer Teil der Pfarrerschaft – gerade auch in Soest – zu entziehen.

In seiner im Grundsatz nicht unloyalen Haltung zum Staat ist Soest vielleicht ein Spiegelbild der allgemeinen Stimmung damals.

Und dennoch – warum hat man nicht schon im November 1933 die Zeichen der Zeit erkannt?

Lassen wir noch einmal Girkon zu Wort kommen. In seiner Meditation über die apokalyptischen Reiter – wir sprachen schon davon –

schreibt er 1933: „Diese Bewegung vollzog sich gerade in ihren gewaltigsten Ausprägungen und Ursprüngen in irrationalen Raum. Mit Vernunftgründen war sie nicht zu bekämpfen. Leicht war es, allzu leicht, handgreifliche Sinnwidrigkeiten ihr an den Fingern vorzurechnen. Aber damit war sie weder in ihrem Wesen begriffen noch in ihrer Lebensgewalt gehemmt . . . (Sie) faszinierte . . . die Gewissen keineswegs der Schlechtesten . . . *Es war eine rätselhafte Verwandtschaft mit urchristlicher Spannung auf das Ende der Tage.*“ Und weiter: „Der Aufbruch des Volkes verlangt mit der Sicherheit triebhaften Handelns nach dem, was wahrhaft und wesentlich Kirche ist.“ „Wenn die nationale Bewegung dazu bereit ist . . . läßt es sich nicht mehr verkennen, daß in ihr eine der stärksten Urgewalten christlicher Lebendigkeit erwacht ist: der Glaube an das Reich, die Spannung auf den Tag des Menschensohns. Und diese Tatsache stellt die Kirche in eine Schicksalsstunde, in der ganz andere Formen entscheidende Macht bekommen als Fragen äußerer Umformungen.“

Hier spüren wir einen Hauch von endzeitlicher Stimmung und Erwartung. In dieser Stimmung wird das Erschrecken über das Sprengen der bisherigen Maßstäbe von der Faszination eingeholt, die von dieser revolutionären Bewegung ausgeht.

Es ist konsequent, wenn Girkon im gleichen Jahr („Ein Wort zur Stunde“) das Verhältnis von Staat und Kirche so umschreibt: „Der Ruf der gegenwärtigen Führer des deutschen Volkes nach der Kirche würde völlig falsch gedeutet, wollte man darin einen Wunsch erkennen, die Kirche zum unfreien Werkzeug politischer Instinkte zu degradieren. Sondern der Ruf nach der Kirche sucht und wertet die unwägbarsten Kräfte der Kirche für die Mitarbeit am Aufbau volkhafter Zukunft.“ Der Staat will – und braucht – eine unabhängige Kirche, deren Zukunft sich „nicht in ihrer Stellung zum Staat, sondern an ihrer Stellung zu Gott und dem Herrn Christus“ entscheidet.

Eine unabhängige Kirche als Gewissen des Staates – Girkon ist 1933 überzeugt, daß der Staat dies will. Girkon drückt vielleicht aus, was viele in der Anfangszeit denken und hoffen. Dies wäre jedenfalls eine Erklärung dafür, daß die Kritik am Nationalsozialismus nur sehr zögernd einsetzt, zunächst bei einzelnen, bis hin zum offenen Widerstand etwa ab 1937 bei ganzen Gruppen. Wer mit solchen Hoffnungen lebt, dem muß es sehr schmerzlich sein, aus dem weiteren Ablauf erkennen zu müssen und erkennen zu können, daß diese von Anfang an getrogen hatten, und daß es nun galt, sich vollkommen umzustellen.

Wie urteilen wir über diese Zeit der Anfänge?

In den sechziger und siebziger Jahren mit ihrer Aufbruchstimmung, dem quasi-revolutionären Ausbruch aus gewachsenen Normen und Strukturen, mit leidenschaftlichen Diskussionen um Recht oder Un-

recht von Gewalt – gegen Sachen und Personen –, Diskussionen, die heute noch nicht abgeschlossen sind, bemühte man sich bis hin in die Spitzen von Kirche, Parteien und Gesellschaft um ein Verstehen unter dem Schlagwort von der „(heilsamen) Unruhe“. Und wir wissen, daß diese Diskussionen in einem geistigen Umfeld geführt wurden, das von bestimmten, einseitig zugespitzten Akzenten einer politischen Theologie mitgeprägt war.

Parallelen zu den Jahren 1933 und 1934 können – mutatis mutandis – vom nachdenklichen Beobachter nicht ganz übersehen werden. Hierzu mag in gewisser Hinsicht auch die gelegentliche Neigung gehören, zugunsten eines visionären Bildes und Entwurfes über Entgleisungen im Alltag der Menschen und ihres Lebens – als eben Entgleisungen – hinwegzusehen, die das Bild insgesamt nicht trüben können.

Der Rückblick auf die Soester Ereignisse (sprechen wir anhand des begrenzten Quellenmaterials besser von Ereignissen in Soest) in dieser Form steht unter dem Vorbehalt seines fragmentarischen Charakters. Ob der Ausgangspunkt unserer Überlegungen, daß die benutzten Quellen nicht nur Zufälliges, sondern auch Typisches berichten, zutrifft, muß hier und jetzt offenbleiben.

Mit Sicherheit aber entlassen uns die Soester Ereignisse in betroffenes Nachdenken 1. über die Wahrheit des biblischen Wortes von den faulen Früchten, an denen ein Baum tatsächlich als fauler – und nicht als guter – erkannt wird, 2. über die Frage: „Bist du Dir dessen sicher, wo Du 1933 und 1934 gestanden hättest?“

Anhang

1. Briefwechsel „Münster oder Soest als Bischofsstadt“, Soest, Oktober 1933 (Dr. Scharnow/Magistrat):

„Wir möchten heute noch einmal zusammenfassen, warum *nur Soest*, insbesondere also *nicht Münster*, als Sitz des Bistums in Frage kommen kann. I. Vom evangelisch-kirchlichen Standpunkt aus betrachtet ist Münster für den evangelischen Bischofssitz absolut ungeeignet. Die Stadt Münster trägt einen durchaus katholischen Charakter. Daran hat auch der Umstand, daß seit etwa 100 Jahren das Evang. Konsistorium dort untergebracht ist, nichts ändern können. Die Evangelischen sind eben dort in der Minderheit. Ein evangelischer Bischof wird nach der ganzen Mentalität des Münsteraners und des Münsterländers in der Öffentlichkeit wenig oder gar nichts bedeuten, zumal ihm in Münster keine evangelische Bischofskirche zur Verfügung steht, die auch nur annähernd mit dem Dom zu vergleichen wäre. Dazu kommt die verkehrstechnisch nicht günstige Lage Münsters für weiteste Teile der Provinz. Alle diese Nachteile fallen in Soest fort ... Die Soester Wiesenkirche, die unbestrit-

ten schönste Kirche des Deutschen Westens, ist aber, worauf wir schon ganz besonders hingewiesen haben, als eine geradezu ideale Bischofskirche anzusprechen. Endlich liegt Soest für weite evangelische Gebiete weit günstiger als Münster . . . In Soest stand das älteste Gotteshaus Westfalens anstelle der St.-Petri-Kirche. Schon im 7. Jahrhundert werden die Fäden zwischen Soest und Köln geknüpft . . . Wir wiederholen noch einmal, daß die Unterbringungsfrage hier selbst ohne Schwierigkeiten zu lösen ist. Es sind hier einige Soester Patrizierhöfe vorhanden, die einerseits eine würdige, prächtige Wohnung für den Bischof abgeben und andererseits in ihren großen Gärten genügend Raum für einen etwaigen Neubau eines kirchlichen Verwaltungsgebäudes bieten. . . . Schließlich würden wir es für richtig halten, wenn man das Bistum nicht ‚Bistum Westfalen‘, sondern ‚Bistum Soest‘ benennen würde. Gerade der Name Soest ist nach allem, was wir zu der ganzen Frage bereits ausgeführt haben, richtig und wichtig . . . Sollte etwa, um unsere Argumente zu entkräften, eingewandt werden, daß es nur auf die Person ankomme, um dem katholischen Bischof auch in Münster das Gleichgewicht zu halten, so halten wir nach Lage der Sache einen solchen Einwand für völlig hinfällig. Ganz abgesehen davon heben wir noch nachdrücklich hervor, daß neben der Person auch noch die Bischofskirche entscheidend ist. Eine geeignete Bischofskirche hat aber Münster nicht, wohl aber Soest . . .“ In diesem Brief steckt eine Reihe von – hier nur angedeuteten – Argumenten, die von Pfarrer Koch, St. Thomä, stammen, der Dr. Scharnow am 17. Oktober ausdrücklich um sein Engagement in dieser Sache gebeten hatte.

Offenbar schon nach dem ersten Schreiben der Stadt wird Adler, Münster, um Stellungnahme gebeten. Sie geht am 4. Oktober in Berlin ein. Obwohl aus Weslarn, Kreis Soest, stammend hält er von den Plänen Soests nicht viel: Münster sei nun einmal der geistige und kulturelle Mittelpunkt Westfalens mit Universität und wichtigen Behörden. Übrigens seien zum ersten Mal Evangelische Landeshauptmann und Regierungspräsident geworden, und auch der in Münster wohnende Gauleiter der NSDAP für Westfalen-Nord sei ein bewußt evangelischer Christ (!). Wohnungsbeschaffung und Umzug nach Soest seien zu teuer. Außerdem hätten viele Mitarbeiter in Münster bereits ein Haus. Gegen Soest speziell spräche: Während in Münster der evangelische Bevölkerungsanteil wachse, nehme in Soest der katholische Anteil sehr zu. Die Wiesenkirche liege als Bischofskirche zu ungünstig. Außerdem sei die größte Kirche der Dom. „Er ist katholisch.“ – Soest sei eine bezaubernde Stadt, aber eine ausgesprochene Kleinstadt (20000 Einwohner), die es in geistiger und kultureller Beziehung mit Münster nicht im entferntesten

aufnehmen könne. Eine Verlegung des Bischofssitzes würde deshalb einer „geistigen Isolierung gleichkommen“. Und um das Maß voll zu machen: Die verkehrsmäßige Anbindung sei in Soest zu schlecht, er – Adler – habe in Soest 7 D- und Eil-Züge täglich gezählt, in Münster aber 31. In summa: „Ausschlaggebend ist die Überlegung, daß eine Verlegung von Münster fort einer Schädigung der evangelischen Sache in Westfalen gleichkommt“.

2. Die „Stürmer“-Auseinandersetzung

Evangelische

Wiese-Georgs-Kirchengemeinde

Soest i. W.

Soest, den 15. März 1934

Herrn Ortsgruppenleiter Ernst Soest

Lieber Herr Ernst!

Diesen Brief schreibe ich Ihnen als Ihr Pfarrer und wende mich an Sie in gleicher Weise als meinen Repräsentanten und an den Ortsgruppenleiter der NSDAP. Ich komme soeben von einem Besuchsgang bei Eltern meiner Konfirmanden am Hammerweg und habe dabei im Aushang der NSDAP die März-Nummer des „Stürmer“ gesehen, die in Bild und Schrift die jüdische Rasse beschimpft. Ich bin aufs tiefste erschüttert über den Geist eines geradezu dämonischen Hasses, der aus dieser Veröffentlichung spricht. Nicht die gewiß zahlreichen und verhängnisvollen jüdischen Schädlinge, sondern das Volk, „der Jude“ als solcher wird in einer Weise mit Schmutz beworfen, die jedem menschlichen Anstand, geschweige denn christlicher Liebe, ins Gesicht schlägt. Das Erschütternde ist, daß dieses Machwerk des Hasses es wagt, sich auf Jesus Christus zu beziehen, der durch solchen Haß schlimmer gelästert wird als die jüdische Rasse.

Seit geraumer Zeit haben die Führer des nationalen Aufstiegs immer wieder aufs deutlichste erklärt, daß das deutsche Volk fremde Rassen nicht als schlechter, sondern als andersartig ansieht, und daß die Reinerhaltung der Rasse nicht als Diffamierung anderer Rassen gemeint ist. Diese in gleicher Weise von Anstand, Weisheit und nationaler Würde getragene Auffassung ist schlechterdings unvereinbar mit einem Haßausbruch, wie ihn diese Zeitung bringt. Wenn in Deutschland das Führer-Prinzip gilt, dann müßte der Verfasser einer solchen Schmähchrift eine empfindliche Strafe erhalten, weil er sich gegen das auflehnt, was die Führer maßgeblich bekundet haben, und weil dadurch die nationalsozialistische Bewegung, die sich nach dem Worte des Führers in ihrer gesamten Moral auf den Boden des Christentums gründet, herabgewürdigt wird.

Da ich die Freude habe, den Ortsgruppenleiter in meiner Gemeindevertretung zu haben und ihn als aufrichtigen Christen zu kennen, so

zweifle ich nicht daran, daß dieses mein seelsorgerliches Schreiben bei Ihnen den von mir erhofften Erfolg haben wird. Ich bitte Sie herzlich und dringlich, ebenso rasch wie entschieden einzugreifen, so daß dieses Ärgernis beseitigt und für die Zukunft verhindert wird.

Heil Hitler!
Ihr ergebener
gez. Pfarrer Dr. Girkon